

Das Fortbestehen des Agrararchivs ist bedroht

Politik / Peter Moser hat zwei Jahrzehnte ohne Bundesgelder für den Erhalt der Geschichte der Schweizer Landwirtschaft gekämpft. Nun soll das ändern.

BERN Peter Moser steht kurz vor der Pensionierung. Der Leiter und Initiant des Archivs für Agrargeschichte (AfA) in Bern hat dieses 2002 gegründet. Hier sind virtuell Schätze abgelegt, welche die Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft dokumentieren.

Das Archiv musste bislang ohne Unterstützung der öffentlichen Hand zurechtkommen – ein Umstand, der das Weiterführen dieser Arbeit, die auch Forschungszwecken dient, künftig verunmöglichen dürfte.

Schnittstelle aufgebaut

«Das AfA hat in seiner mehr als 20-jährigen Tätigkeit ein einmaliges Netzwerk an der Schnittstelle zwischen historischer Forschung, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie aufgebaut, das ohne Unterstützung seitens des Bundes nun wegzufallen droht», sagt Sacha Zala, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte, anlässlich eines Treffens der parlamentarischen Gruppe Geschichte in Bern.

Das AfA hat deshalb beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation einen Antrag gestellt, um als Forschungseinrichtung von nationaler Bedeutung gemäss Forschungsförderungsgesetz unterstützt zu werden. «Aus unserer Sicht ist dies eine richtige und angemessene Forderung –

und seitens der öffentlichen Hand ein längst überfälliger Schritt», so Zala.

Ein wichtiges Instrument

Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2025–2028 (BFI-Botschaft), die in den nächsten Monaten in den beiden Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) und später im Parlament beraten wird, könnte diese Unterstützung ermöglichen. Die Vorlage ist laut Zala eines der wenigen Instrumente, um historische Forschung und

vor allem historische Infrastrukturen nachhaltig zu finanzieren.

Wie könnte es nun weitergehen beim Archiv? Ab 2025 sollen Juri Auderset und Claudia Schreiber gemeinsam als Nachfolger von Peter Moser die Leitung des AfA übernehmen. Was die Finanzierung anbelangt, sollen rund 25 %, also 110 000 Franken, eigene Mittel erwirtschaftet werden. Um den Fortbestand zu sichern, müsste der Bund künftig 220 000 Franken beisteuern. Der Rest soll aus der Kasse des Kantons Bern kommen, erhofft man sich beim AfA. *sb*